Senioren-Report

Geschäftsstelle Berlin **Ausgabe 107** **April 2021**

Der Senioren-Arbeitskreis unterstützt die Kolleginnen und Kollegen in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Burkhard Bildt · Grußwort Günter Triebe *1*

Frauentag 2021 ..... *2*

Neuer Erster Bevollmächtigter · S-Bahn-Ausschreibung *3*

Klimawandel und Transformation *4*

Tarifrunde M+E-Industrie · Pflegepauschalbeträge *5*

Leitungsklausur · Ostermarsch *6*

Digital im Alter *7*

Nachwende-Interview · Leserbrief *8*

EU Kommission zur Altersversorgung *9*

BSAK-Sitzung · Weltlachtag *10*

Mobilitätsgesetz · Info-Telefon *11*

Gendern · 1. Mai · Termine *12*

Impressum

Redaktion:
Ramon Zorn, Ingrid Henneberg, Hartmut Herold, Hartmut Meyer,
Klaus Murawski, Manuela Wegener, Monika Wittek
Titelbild: Ramon Zorn
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 08. Juni 2021
V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin
Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:
seniorenreport@neue-dateien.de

Senioren-Report im Internet:
www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report

Grußwort

Burkhard Bildt
zuständiger Sekretär für die Seniorenarbeit in der Geschäftsstelle Berlin

Liebe KollegInnen,

schnell mal online einkaufen, einen Termin buchen oder den QR-Code für den Zutritt zum Testzentrum vorzeigen, natürlich digital bezahlen und auch digital die Nachrichten stöbern, dies sind alles aktuelle Anforderungen. Diese Anforderungen vermehren sich derart schnell, dass ich nun ein neues Handy habe, mit dem bisherigen war nicht mehr Schritt zu halten.

Wenn wir (meine Frau und ich) dann meine 88jährige Schwiegermutter besuchen, ist das ein Besuch in der analogen Welt. Kein Handy, nix. Zu Fuß einkaufen oder Geld abheben, telefonieren um Hardcopys zu besorgen … Viele Märsche und viel frische Luft.

Tja, eigentlich haben wir uns ja selbst in diese Situation gebracht. Die Trends sind gesetzt.

Die Fragen an ein Morgen stehen im Raum. Führen die Trends zur Digitalisierung auch zur Entmündigung des Bürgers, zur Einschränkung seiner Teilhabe am öffentlichen Leben? Zu befürchten ist das durchaus. Vieles was heute pandemiebedingt geschieht, kann sich sehr schnell verfestigen und zu einem weiteren gesetzten Trend werden.

Ich habe es mir abgewöhnt, auf Corona-Begründungen zu hören. Ich finde, die Trends kommen klarer zum Vorschein, wenn man sich den Virus wegdenkt.

Das gilt auch für die aktuelle Tarifrunde. Die Arbeitgeber wollen nicht, wegen Corona ist ja alles so schwer, viele Arbeitnehmer wollen auch nicht so recht, wegen Corona könne man das doch nicht machen…

Wir, die Bürger dieses Landes müssen uns entscheiden. Wollen wir „zurück“ in ein modernes Mittelalter, oder wollen wir die Gegenwart in der Zukunft besser machen, teils digital, teils analog, gleichberechtigt eben, auch gegenüber den Arbeitgebern?

Bürger auf Augenhöhe werden wir nur sein, wenn wir in unserer ökonomischen Stellung mit den Arbeitgebern gleichziehen. Darum brauchen wir mehr Mitbestimmung und gute Ideen, wie man das gut hinbekommt. Engagement an den Tag legen wird das A und O sein, das uns aus der „Untertanen“-Rolle weiter herausbringt.

Beste Grüße
Burkhard Bildt

Gedanken zur aktuellen Situation

Grußwort von der Arbeitskreis-Leitung

Lieber Kolleginnen, liebe Kollegen,

es fällt immer schwerer, beim Kopfschütteln über die Unfähigkeit unserer Regierenden die Orientierung nicht zu verlieren. Seit über einem Jahr hat uns die Pandemie nun fest im Griff.

Unser Gesundheitsminister war erst nicht in der Lage, genügend Masken zu bestellen, und dann verschickt er fälschungssichere Gutscheine statt uns die Masken direkt zu schicken. Hier sind wahrscheinlich mal wieder Millionen zum Fenster rausgeworfen worden. Impfstoff wurde auch nur in völlig unzureichender Menge bestellt. Jetzt sind wir, der vielgepriesene Organisationsweltmeister, ziemlich weit hinten in der weltweiten Impfstatistik. Was Osterruhe bedeutet, wissen wir bis heute nicht, weil es ja die, die es beschlossen hatten, selbst nicht wissen. Warum Blumenläden schließen mussten, aber im Supermarkt nebenan Blumen verkauft wurden, ist auch nicht leicht zu verstehen. Man darf auch stundenlang in jedes Lebensmittelgeschäft gehen, aber im Außenbereich einer Gaststätte darf man bis heute nicht sitzen.

Bis heute hat es unsere zuständige Senatorin nicht geschafft, genügend Lüftungsgeräte für die Schulen zu besorgen. Ich könnte hier die Liste der Fehlleistungen oder Unterlassungen noch beliebig verlängern.

Wir durften im letzten Jahr den 1. Mai nicht ordentlich feiern, aber die Corona-Leugner können fast den Reichstag erstürmen. Sowieso ist es doch sehr bedenklich, dass diese Leute geschützt und teilweise begrüßt von der Polizei, demonstrieren dürfen trotz Verbot durch Gerichte und trotz der Nichteinhaltung von Hygieneregeln. Aber dafür werden Gegendemonstrationen wie Ostern in Kassel von der Polizei aufgelöst. Man kann sich gar nicht mehr sicher sein, auf welcher Seite die Polizei eigentlich steht.

Und wie geht es uns Seniorinnen und Senioren in dieser Situation? Wir können seit über einem Jahr keine Veranstaltungen mehr für unsere Mitglieder durchführen. Auch die Sitzungen des Senioren-Arbeitskreises und Mitgliederversammlungen konnten nur sehr reduziert stattfinden. Viele von uns haben sich seit Monaten nicht mehr gesehen. Wenigstens hatten einige von uns regelmäßig telefonisch miteinander Kontakt. Auch wenn es langsam geht, aber der Impfprozess schreitet voran. Viele von uns sind geimpft, einige bereits zweimal. Es ist also Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Wir hoffen, dass wir uns bald wieder sehen und miteinander reden und vielleicht auch mal wieder in den Arm nehmen können. Bis dahin bleibt gesund und lasst den Kopf nicht hängen.

Günter Triebe

Frauentag in Coronazeiten

Die Metallerin

Frauen in der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen

WIR FEIERN 110 JAHRE FRAUENTAG 2021

IG METALL BERLIN-BRANDENBURG-SACHSEN

110 JAHRE INTERNATIONALER FRAUENTAG – UND DER KAMPF GEHT WEITER

Engagierte Frauen, die in Parlamenten und Demonstrationen das Wort ergreifen und aktiv für ihre Rechte kämpfen – ein heute gewohntes Bild. Doch was inzwischen – zumindest in westlichen Demokratien – eine Selbstverständlichkeit sein sollte, ist hart erkämpft. Lange wurde auch hierzulande Selbstbestimmung und erst recht die Werktätigkeit von Frauen verteufelt – heute gehört letzteres – zumindest in Deutschland – langsam zum alltäglichen Bild der Arbeitswelt, wenn auch selbst in Deutschland mit großen Unterschieden. Noch immer sind Frauen in punkto Einkommensstruktur oder Karrierechancen nicht gleichgestellt und in manchen Berufsgruppen unterrepräsentiert. Was bleibt, ist ein immerwährender Kampf gegen die gläserne Decke und für die Emanzipation der Gesellschaft.

Aber woher kommt eigentlich dieser Internationale Frauentag? Bereits 1910 wurde ein sogenannter Kampftag zur Selbstbestimmung der Frau propagiert. Die damals noch sozialdemokratische, später dann kommunistische Politikerin Clara Zetkin (1857 – 1933) schlug erstmalig vor 110 Jahren – am 27. August 1910 – auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen vor, einen Internationalen „Kampftag" für Frauenrechte zu etablieren. Zentrale Themen waren dabei der Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Frauenwahlrecht, die Verbesserung der Rechte von Frauen und das Ende der Geschlechterdiskriminierung.

Dieser erste offizielle Internationale Frauentag fand jedoch noch nicht wie heute am 8. März statt, sondern am 19. März 1911. Hauptforderung war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Mehr als eine Millionen Frauen gingen an diesem ersten Internationalen Frauentag auf die Straße.

Seit diesem ersten Internationalen Frauentag bewegte sich viel nach vorn, allerdings gab es immer wieder auch Rückschritte. Wir Frauen erstritten – auch mit Unterstützung einiger Männer – das Frauenwahlrecht, die weitestgehende wirtschaftliche und rechtliche Selbstbestimmung, ein grundgesetzlich verankertes Diskriminierungsverbot nach Geschlechtern, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Quotierung von Aufsichtsratsposten und vieles mehr. Dennoch ist es die Praxis, die uns zeigt, dass das Erstrittene auch in der Umsetzung stimmen muss.

2020 führte Berlin als erstes Bundesland – nach langer und auch nicht immer fairer Diskussion – den 8. März als Feiertag ein.

Ein schönes Zeichen dafür, dass es sich nur in einer gleichberechtigten und solidarischen Gesellschaft für alle gut leben und entfalten lässt. Dennoch bleibt auch für uns als IG Metall der Anspruch aktueller denn je: Das Jahr hat 365 Tage Frauentage! Denn wer die Besten will, darf auf uns nicht verzichten!

Der Frauentag ist anders geworden: Früher haben wir in den Betrieben zusammen mit den arbeitenden Frauen Aktionen veranstaltet. Sei es Frauenfrühstück, Diskussion zu einem aktuellen Thema oder auch nur das Verteilen von Blumen. Letzteres haben auch die Männer gern übernommen – endlich wurden sie mal begeistert begrüßt!

Deshalb bin ich persönlich nicht so glücklich über den Feiertag am Frauentag.

Aktion am Bahnhof *Foto Marcel Meyer*

Der Gedanke, die Frauen damit zu ehren, ist ja gut und schön. Aber die eigentliche Feier des Tages in den Betrieben ist kaum noch möglich.

Die IG Metall bot in diesem Jahr eine Online-Diskussion an: über Home-Office und die alte Rolle der Frau als Familienversorgerin, die bei Corona wieder nach vorne rückt.

Der DGB hatte sich angewöhnt, arbeitende Frauen in Einkaufszentren am Frauentag mit einer kleinen Aufmerksamkeit zu beglücken – das kam immer sehr gut an! Aber dies geht aus zwei Gründen nicht mehr: wegen des Feiertags und weil die Geschäfte coronabedingt geschlossen sind.

Also sind wir auf Bahnhöfe ausgewichen, dort wird sogar an Feiertagen gearbeitet und die Frauen freuen sich, wenn das mal jemand bemerkt!

Ich hoffe, ihr hattet alle einen schönen Frauentag!

Manuela Wegener

Ein wenig zur Geschichte in der heutigen Zeit:

Als 2018 die „Nordländer" den Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag erklärten und Thüringen den Weltkindertag als gesetzlichen Feiertag einführte, entstanden in Berlin Diskussionen rund um einen zusätzlichen arbeitsfreien Tag, denn kein anderes Bundesland hat so wenig freie Tage wie Berlin.

Die Initiative für den Frauentag als zusätzlichen Feiertag war aus der SPD gekommen, um ein Zeichen für die Gleichstellung von Männern und Frauen zu setzen.

Am 21. November 2018 war es dann so weit: Die Linken, die SPD und die Fraktion der Grünen sprachen sich für den 8. März als arbeitsfreien Tag aus. Berlin ist damit das erste Bundesland, das den 8. März als arbeitsfreien Tag eingeführt und umgesetzt hat.

Er soll an die fehlende Gleichberechtigung und Gleichstellung von Männern und Frauen erinnern und ein Signal nach außen sein, weiterzukämpfen und sich für seine Rechte einzusetzen.

Wobei wir beim Thema wären. Es gab in der letzten Zeit – wieder einmal – die Diskussion zum Thema Wertschätzung der Frauen. Frau will nicht in die alte Rolle zurückfallen, in der sie sich vor allem um den Haushalt und Kinder kümmern soll. Es geht um die Gleichstellung der Frau bezüglich der Arbeit, um gleiches Gehalt wie die Männer in gleichen Positionen, denn immer noch haben die Frauen 18 Prozent weniger Gehalt. Und es geht auch darum, dass mehr weibliches Personal in Spitzenpositionen eingesetzt wird. Diese Diskussionen gehen schon jahrelang, aber ändert sich etwas?

Monika Wittek

Neue Atmosphäre im Ortsvorstand

Jan Otto *Foto Christian von Polentz*

Seit September 2020 haben wir eine neue Geschäftsführung in unserer Geschäftsstelle. Der neue Erste Bevollmächtigte, Jan Otto, überrascht seitdem mit bisher nicht gekannter Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Problemen, die sonst nicht zum Kernbereich gewerkschaftlicher Arbeit gehörten.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Ortsvorstand auf Initiative des Senioren-Arbeitskreises, das Volksbegehren „Deutsche Wohnen enteignen“ nicht nur zu unterstützen, sondern im IG Metall-Haus kann man auch dafür unterschreiben.

Auch gegen eine drohende Zerschlagung der S-Bahn in viele kleine Einzelunternehmen hat sich die Berliner IG Metall positioniert. Auch das geschah auf Initiative der Senioren.

Jan Otto ist der Meinung, dass die IG Metall sich in der Vergangenheit zu wenig um gesellschaftliche Probleme gekümmert hat. Das soll sich ändern. Erste Anzeichen dazu sah man in den letzten Wochen schon. Beim Tarifauftakt am Neptunbrunnen konnte ein Vertreter von „Friday for Future“ sprechen und beim Warnstreik bei Mercedes redete ein Vertreter der Initiative „Deutsche Wohnen enteignen“.

Das Thema Klimapolitik kommt nach seiner Meinung sowieso zu kurz, denn der Klimawandel wird auch unsere Mobilität und Energiewirtschaft und damit unsere Arbeitsplätze verändern. Aktuell nennt er es „Die Eintrittskarte in die Schaltzentralen der Macht“, die nur durch gut organisierte Gewerkschaften zu gewinnen ist.

Auf unsere Unterstützung kann sich Jan verlassen.

Günter Triebe

IG Metall-Berlin lehnt Zerschlagung der S-Bahn ab

Die Grünen im Senat haben gegen den Widerstand von SPD und Linke durchgesetzt, dass der Betrieb von zwei Dritteln des Berliner S-Bahn-Netzes ausgeschrieben wird. Wer dann in welchem Los zum Zug kommt, ist heute nicht abzusehen. Die Ausschreibung von unterschiedlichen Leistungen soll bewirken, dass sich auch kleinere (private) Anbieter bewerben können, also am Ende nicht nur die Deutsche Bahn mitbieten kann, um dann weiterhin als Monopolist agieren zu können. Deshalb schafft das Land Berlin mindestens 1.308 Wagen an, die in seinem Besitz bleiben.

IG Metall Berlin fordert einheitlichen öffentlichen Nahverkehr

Gegen diese Pläne regt sich seit ihrer Bekanntgabe Widerstand. So verständlich diese Überlegungen sind – eine Lösung sind sie nicht. Die vielen zu verteilenden Lose können im Extremfall bedeuten, dass ein Dutzend Akteure für Netze, Bau, Wartung und Betrieb zuständig sind, die Koordinierung entsprechend aufwändig ist und bei Problemen, die Akteure jeweils auf den anderen zeigen können.

„Wenn man das S-Bahn-Netz aufteilt und an verschiedene Anbieter vergibt, ist Chaos vorprogrammiert. Deshalb lehnen wir die Aufteilung des Netzes ab“, kritisiert Jan Otto, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Berlin. Der Personennahverkehr gehört wie die Wasserversorgung zur Daseinsvorsorge. „Deshalb sollte dieser Dienst in öffentlicher Hand bleiben“, sagt Jan Otto.

Dafür gibt es weitere Gründe: Private Anbieter, unterschiedliche Beispiele aus der Vergangenheit sind ein Beleg dafür, sparen für ihre Marge nicht nur bei Wartung und Sicherheit, sondern gerne auch bei den Beschäftigten. Gewerkschaften haben in der Vergangenheit mit privaten Bahnanbietern allerdings gute Branchentarife erstritten. Klar muss in Berlin sein, dass nur Anbieter zum Zug kommen dürfen, die den Beschäftigten adäquate Tariflöhne bezahlen. „Hier erklären wir uns als IG-Metaller solidarisch mit allen Bahn- und BVG-Kolleginnen und Kollegen bei der EVG und ver.di“, sagt Jan Otto.“

Günter Triebe

Zum Klima und der Transformation

Hinter uns Jahre vertaner Zeit und fehlender Taten

In dieser Tarifrunde brauchen wir die Automobilität, um bei unseren Warnstreiks mit Autokorsos Aufmerksamkeit im der Öffentlichkeit zu erzeugen. Das ist klimamässig paradox, aber der Pandemie geschuldet. Auf der großen Demonstration für den Erhalt des Daimler-Standorts spricht ein Aktiver von Fridays for Future. Und auf dem Alexanderplatz ist Fridays for Future mit der Auseinandersetzung um Arbeitsplätze im Siemens-Werk für Gasturbinen solidarisch. Und auch wir Senioren waren wieder dabei.

Foto Ramon Zorn

Durch Fridays for Future ist ein Anfang gemacht. Ein Anfang, aber es muss ein großes gesellschaftliches Umdenken angestoßen werden. Das Umdenken muss stattfinden, denn mit den aktuellen Maßnahmen wird das im Paris vereinbarte Klimaziel nicht erreicht. Zur Erinnerung: Das Ziel ist, eine Erwärmung um 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau bis 2030 zu begrenzen. Die Auswirkung unserer Lebens- und Produktionsweise auf unser Klima können wir in den Nachrichten verfolgen.

Das Umdenken muss sich vor allem in den Konzernzentralen durchsetzen. Da gilt es Druck aufzubauen, denn da gibt es einiges zu tun. Auf die lange Bank wurde dort das Thema Klima lange genug geschoben mit angeblich besseren Produkten für uns und die Welt. Aber diese Produkte brauchen immer mehr Rohstoffe und mehr Energie. Beide fallen nicht vom Himmel. Also muss der Energieverbrauch reduziert werden. Denn auch Wasser zerfällt nicht auf unseren Wunsch einfach in Wasserstoff und Sauerstoff. Dafür ist viel regenerative Energie (Solar-, Biogas-Anlagen und Windparks) nötig. Ein Umdenken findet auch in der Politik nicht statt.

Flugbenzin wird immer noch nicht besteuert. Der Güterverkehr erfolgt weiterhin über die Straße. In vielen ländlichen Regionen mangelt es am öffentlichen Nahverkehr. Produkte werden mit hohem Einsatz von Rohstoffen und Energie produziert, sind aber kurzlebig. Großtechnologien werden subventioniert. Programme für dezentrale Solardächer werden nicht umgesetzt. Die Aufzählung lässt sich fortsetzen.

Um das alles zu bewegen, ist nicht weniger sondern mehr Mitbestimmung in der Industrie (auch wirtschaftliche) erforderlich. Und auch die Politik muss eingreifen und Ressourcen-schonende Produktionen und Produkte fördern. Gemeinschaftliche Lösungen beim Verkehr (Bahn, ÖPNV) müssen dadurch schon Vorrang vor dem Individualverkehr bekommen. Wir brauchen mehr gemeinnütziges Denken in der Politik. **Eine** Bundestagswahl wird wohl für alles nicht reichen.

Foto Christian von Polentz

Auf den Punkt gebracht finde ich es im Lied „Keine Zeit“ der jugendlichen Sängerin Dota:

Hier stehen wir
Vor uns die Wüste um uns der Wohlstand
Hinter uns Jahre vertaner Zeit
Und fehlende Taten
Jahre des Zögerns, man kannte die Fakten
und war nicht bereit
Aber jetzt können wir nicht mehr warten.

Hartmut Meyer

Metall- und Elektroindustrie

Tarifrunde 2021

Warnstreik bei General Electric (Senioren rechts hinten) *Foto Christian von Polentz*

Mitglieder unseres Senioren-Arbeitskreises haben sich auch in dieser Tarifrunde in großer Anzahl an den verschiedenen Aktionen während der desjährigen Tarifrunde beteiligt. Zusammen mit der Trommelgruppe haben wir bei einzelnen Veranstaltungen die Zahl der Teilnehmer und die Stimmung deutlich gehoben. Unser Transparent war immer im IG Metall-Bus und dafür immer zur Verfügung.

Wir Rentnerinnen und Rentner wissen, dass die Ergebnisse von Tarifverhandlungen wesentliche Auswirkungen auf unsere Renten haben. In diesem Jahr gibt es für die meisten überhaupt keine Rentenerhöhung und für einige wenige nur eine homöopathische Dosis. Das liegt hauptsächlich daran, dass es im letzten Jahr wegen der Pandemie so gut wie keine Lohnerhöhungen gegeben hat.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das diesjährige Ergebnis im nächsten Jahr auf unsere Renten auswirkt, denn dauerhaft sind die Tarife nicht erhöht worden. Es wurden nur Einmalzahlungen als „Transformationsgeld“ vereinbart. In unserem Bezirk ist die Tarifrunde aber noch nicht zu Ende.

Günter Triebe

Änderung für Pflegepauschbeträge ab 2021

Wer einen Behinderten pflegt, dafür aber kein Geld erhält, kann mit einer Erhöhung der Steuererleichterung rechnen. Dazu sind bei der Steuererklärung für 2021 folgende Pauschbeträge geltend zu machen:

- Pflegegrad 2: 600 Euro
- Pflegegrad 3: 1.100 Euro
- Pflegegrad 4 und 5 oder bei Hilfslosigkeit: 1.800 Euro.

Natürlich ist es möglich, stattdessen die tatsächlichen Kosten anzusetzen.

Diese Pauschbeträge sind als außergewöhnliche Belastung ohne Einzelnachweis steuermindernd. Für alle Fälle sollte man die Belege für die behinderungsbedingten Ausgaben sammeln. Falls sie höher als die Pauschbeträge ausfallen, ist es eventuell vorteilhafter, diese Kosten bei der Steuererklärung anzusetzen.

Siegfried Schicke

Nebenbei bemerkt:

In Berlin kann seit April 2018 eine Ausweishülle für den Schwerbehindertenausweis mit dem Aufdruck **„Schwer-in-Ordnung-Ausweis“** formlos beim Versorgungsamt des Landesamtes für Gesundheit und Soziales angefordert werden.

Die Initiatorin, die damals 14-jährige Schülerin Hanna Kiesbye, gab 2017 den Anstoß. Sie erhielt im Oktober 2020 dafür aus den Händen des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Mittlerweile sind über 10.000 dieser Ausweishüllen in Deutschland ausgegeben worden.

Ramon Zorn

Am 3. und 4. März 2021 im Novotel

Senioren-Arbeitskreis (SAK) – Leitung in Klausur

Auch zu Coronazeiten haben wir uns nicht von unserer jährlichen Klausur abhalten lassen.

Ich habe extra noch mal nachgeschlagen: Eine Klausursitzung ist eine Tagung unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Dann stimmt es: Wir waren in Klausur.

Es gibt tatsächlich noch Hotels, in denen man tagen darf, natürlich unter Einhaltung der AHA-Regeln. Das Hotel hat uns super umsorgt, es gab leckeres Essen und verwirrte Blicke von draußen, weil an dem Restaurant groß „geschlossen“ stand.

Auf der Klausur wurde auf das vorige Jahr zurückgeblickt und für dieses Jahr geplant. Die Besonderheit wegen Corona ist: Vieles kann man nicht planen, zum Beispiel Ausflüge. Und was man plant, braucht einen Plan B. Was machen wir, wenn die Arbeitskreis-Sitzung wieder nicht stattfinden kann?

Es gab 19 Tagesordnungspunkte und viel zu besprechen. Inhaltlich ging es um unsere beiden Anträge an den Ortsvorstand zur Unterstützung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ und der Stellungnahme gegen die S-Bahn-Ausschreibung.

Die Arbeitsgruppen berichteten, in wieweit ihre Arbeit möglich gewesen war und was sie planen. Die Leitung ist das einzige Gremium, das sich durchgängig persönlich treffen konnte.

Auch das Projekt 55plus – das Ansprechen älterer Mitglieder – wurde erneut diskutiert.

Der Arbeitskreis unterstützt die Tarifforderungen

Aus dem Ortsvorstand wurde berichtet, wie sich der neue Bevollmächtigte Jan Otto auswirkt: Das Klima ist politischer und pragmatischer. Manche Themen, die man früher lange diskutieren musste, werden jetzt durchgewinkt, zum Beispiel unsere Anträge. Und der SAK wird als politisches Gewicht wahrgenommen, nicht (nur) als nervend.

Für den 1. Mai konnte man noch nicht planen, weil alles von den dann aktuellen Corona-Vorschriften abhängt. Aber mit der Planung zum 30-jährigen Jubiläum des SAK im Dezember wurde begonnen. Und wir suchen nach Slogans für neue Plakate und Transparente: Vorschläge sind gerne willkommen!

Insgesamt war es ein produktives und erfolgreiches Treffen.

Manuela Wegener

Ostermarsch 2021 – ABRÜSTEN anstatt AUFRÜSTEN

Wovor haben wir mehr Angst, vor Covid-19 oder der Kriegsgefahr?

Etwa 10 Kolleg*innen von den Arbeitskreisen Senioren und Internationalismus sowie Doro Zinke (ehem. DGB Vorsitzende Berlin-Brandenburg) überwanden die Angst und demonstrierten mit Masken, Abstand und Anstand am 3. April 2021 für eine friedlichere Welt.

Die Aufrüstung in Friedenszeiten ist einmalig hoch. Neu im Club dieser Staaten ist vor allen Dingen China, aber auch Saudi-Arabien. Die globalen Militärausgaben sind 2019 laut dem Internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri um 3,6 Prozent auf circa 1,775 Billionen Euro gestiegen. Der amerikanischen Atomwaffen-Fliegerhorst Büchel wird mit knapp 260 Millionen Euro bis 2026 ausgebaut. Geschätzte zehn Milliarden Dollar wollen die USA für die Modernisierung von etwa 20 Atomwaffen dort ausgeben. Von der Leyen und Kramp-Karrenbauer plädieren für eine "Armee der Europäer" mit französischen Atomwaffen. Dadurch würde der Traum von Konrad Adenauer bezüglich dem Zugriff von Deutschland auf Atomwaffen Wirklichkeit werden. Deutschland exportiert immer mehr Waffen in die Türkei und nach Saudi Arabien, das Geschäft ist wichtiger als die Moral.

Am 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. 51 Staaten haben ihn unterzeichnet, aber alle Atommächte fehlen – und Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland muss endlich den UNO-Atomwaffensperrvertrag unterschreiben.

Klaus Murawski

Ältere Menschen und Digitalisierung

Erkenntnisse und Empfehlungen des Achten Altersberichts

Einszweidrei im Sauseschritt
Läuft die Zeit; wir laufen mit. *Wilhelm Busch*

Die Altersberichterstattung geht zurück auf einen Beschluss des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 1994.
Er gibt der Bundesregierung auf, in jeder Legislaturperiode einen Bericht zur Lebenssituation von älteren Menschen in Deutschland zu erstellen.

Achter Altersbericht

Die Digitalisierung ist nicht nur eine technische Entwicklung, sie hat auch die Gesellschaft verändert. Die Expertenkommission fordert, allen älteren Menschen den Zugang zu digitalen Angeboten zu ermöglichen. Etwa in öffentlichen Räumen und Einrichtungen einen kostenlosen Zugang zum Internet zu schaffen.

Menschen mit geringem Einkommen soll die Nutzung des Internets zuhause und ebenfalls die Anschaffung von digitaler Technik über sozialrechtliche Hilfe im SGB XII gefördert werden. Allerdings sollte Menschen zugestanden werden, nichts Neues mehr lernen zu müssen, wenn sie dies nicht wollen. (*Dies ist auch eine Forderung des Landesseniorenbeirats Berlin, analoge Angebote aufrecht zu erhalten)*. Es gibt aber immer mehr Situationen, in denen ohne Internet keine Teilhabe mehr möglich ist.

„Ältere Menschen“ sind keine homogene Gruppe. Es gibt Seniorinnen und Senioren, die das Internet und seine Dienste intensiv nutzen und damit kompetent umgehen.

Die Kommission fordert, allen älteren Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, digitale Kompetenz zu entwikkeln. Ob Zuhause oder in Pflegeeinrichtungen sollte die technische Ausstattung zur Verfügung stehen und der Erwerb der nötigen Kenntnisse vermittelt werden können.

Die Kommission hat auf 56 Seiten ausführlich alle Aspekte der Digitalisierung und ihrer Bedeutung für Ältere dargelegt. Wer Interesse hat, kann den Bericht bei uns in der Redaktion anfordern. Allerdings nur digital! Wer nicht über Internet verfügt, bestelle die Broschüre bei **Bezugsstelle:**

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09, 18132 Rostock
Tel.: 030 18 272 2721
Fax: 030 18 10 272 2721
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Artikelnummer: 3BR195

Ramon Zorn

Wo ein Wille ist ... ist viel Widerstand

Der Achte Altersbericht hat der Bundesregierung, den Ländern und Kommunen eine Reihe von Aufgaben gegeben. Wenn man sieht, dass die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in Deutschland nicht vorankommt, muss man an dem Erreichen der anderen Ziele zweifeln.

Speziell die Berliner Verwaltung steht nicht im Verdacht, besonders effizient zu sein. Das digitale Zeitalter ist hier erst im Anmarsch aber noch lange nicht angekommen. Mit einer guten digitalen Infrastruktur und entsprechend organisierten Arbeitsabläufen wären die Ämter gerade in der Corona-Pandemie besser gerüstet gewesen.

Wenn Behördenpost noch per FAX transportiert wird und das Betriebssystem Windows 7 im Einsatz ist, dann ist klar, man hat die Entwicklung einfach verschlafen. Es soll ja immer am fehlenden Geld und Personal liegen. Es könnte aber auch sein, dass bezirklicher Eigensinn und das Festhalten an gewohnte Arbeitsabläufe den Fortschritt behindern.

Entgegen vollmundiger Behauptungen von Politikern ist Deutschland (und vor allem Berlin) überhaupt nicht Spitze in der Durchdringung mit digitaler Technologie. Kleine Länder wie Lettland sind da deutlich weiter.

Wenn es in unserer gewerblichen Wirtschaft auch so träge voran ginge, wäre es mit der Export-Herrlichkeit bald vorbei. Industrie 4.0 geht nur, wenn man auf dem aktuellen Stand der Technik ist.

Wie die Behörden und Verwaltungen sich den Anforderungen des Altersberichts stellen, darf mit Skepsis betrachtet werden. Gerade soziale Randgruppen, Hilfsbedürftige, Schwache und Arme wären gänzlich verloren, wenn sie sich nur auf die Ämter verlassen müssten. Ohne die Vielzahl der freiwilligen privaten Hilfsorganisationen wäre ihre Lage hoffnungslos.

Wie eine Verwaltung, die selber Defizite bei der Digitalisierung hat, den älteren Mitbürgern das Internet und seine Anwendungen erklären soll, ist fragwürdig.

Ramon Zorn

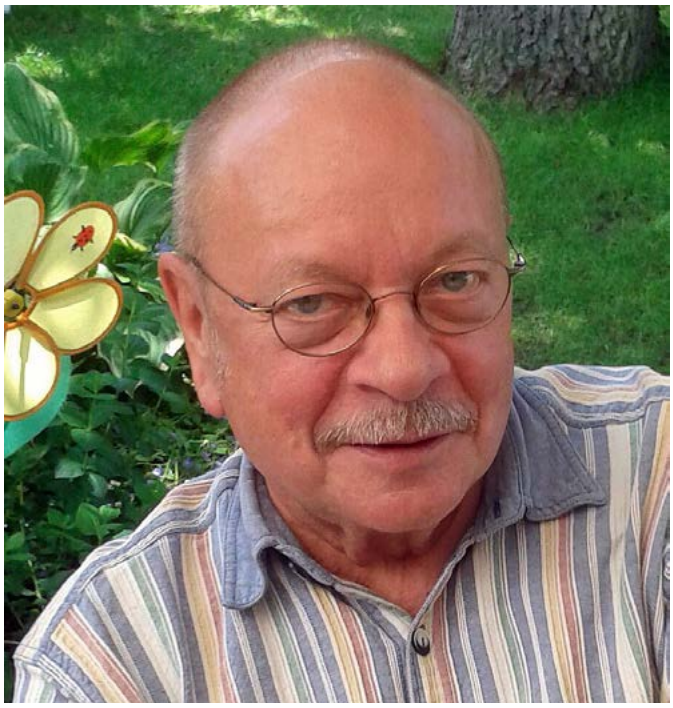
Interviews mit Zeitzeugen

Erlebnisse zur Wendezeit

Die Mitglieder der Senioren-AG Chronik hatten vor einigen Jahren die Idee, Zeitzeugen der ersten Stunde nach der Wende über ihre Arbeit bei der Gewerkschaft berichten zu lassen.
Mit viel Elan wurde ein Fragenkatalog erstellt, der wichtige Momente, Erfahrungen, Begebenheiten zur Wendezeit widerspiegelt.

Interview mit Günter Triebe

Günter ist im August 1947 in Ostberlin am Rosenthaler Platz geboren. Seine Eltern sind 1949 nach Westberlin gezogen. In Wilmersdorf zur Schule gegangen, hat er bei Siemens eine Ausbildung zum Industriekaufmann gemacht, später noch mal eine Ausbildung zum Elektromechaniker. Günter hat bei Siemens angefangen zu arbeiten und wechselte dann zu Otis. Er hat hier bis zur Rente gearbeitet und war 31 Jahre Betriebsrat.



Im Interview ging es ja um die Erlebnisse zur Zeit des Mauerfalls am 9. November 1989. Günter kam an diesem Tag von einer Stadtteilsitzung der IG Metall nach Hause, wunderte sich über die vielen Wartburgs und Trabis auf den Straßen. Erst hier informierte er sich gemeinsam mit seiner Frau über die Lage, als der Fernseher anging. Die Überraschung war sehr groß; eine neue Lage: die Grenzen sind offen, was keiner glauben konnte.

Günter berichtet in seinem Interview von der Hoffnung, dass sich in der DDR vielleicht eine Gesellschaft entwickelt, die ausstrahlt, positiv auf die BRD nämlich, dass da ein demokratischer Sozialismus entsteht.

Bei uns im Westen könnten einige Sachen, die in den Jahrzehnten davor schlecht gelaufen sind, korrigiert werden und hätten eine Chance auf eine fortschrittliche Bewegung. Auf die Frage nach den nun herrschenden Arbeits- und Lebensbedingungen erzählte er:

> *„Ick habe mich 1989, ganz kurz vor der Wende selber freigestellt, hab meinem Meister ganz kurz nen Brief geschrieben: „Lieber Axel, ich melde mich unbefristet von der Arbeit ab. Wenn Otis sich in Zukunft an alle Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und Gesetze hält, komme ich wieder zur Arbeit!“ Daraufhin gab es keine Reaktion, also war ich freigestellt und hab dann angefangen mit der Vorbereitung zu einem Europa-Betriebsrat, zusammen mit Manfred Föde, dem damals 1. Bevollmächtigten der Berliner IG Metall sogar, der dieses Projekt von Anfang an sehr offensiv unterstützt hat;“*

Mit viel Enthusiasmus hat er mit interessierten Gewerkschaftern aus dem Osten Schulungen durchgeführt, zur Gewerkschaftsarbeit, Streik und Erfahrungen, die im Westen gemacht wurden.

Die Vereinigung hält Günter nach wie vor für einen Gewinn. Nur sehr traurig ist der Kahlschlag, der im Osten vor sich ging. Wobei ja die Treuhand einen großen Anteil hatte. Die weitere Entwicklung, dass das rechte Gedankengut wieder hervortritt, ist für ihn eine große Enttäuschung.

Monika Wittek

Das Gepräch wurde am 31. März 2016 geführt

Wir freuen uns über aufmerksame Leser:

Nachtrag zum Cafe Achteck im Seniorenreport 106

Der Name war zum Anfang „Waidmannslust“, der dann zum Cafe Achteck wurde. Hergestellt von der Maschinenfabrik Rössemann & Kühnemann um das Jahr 1879. Im übrigen war dieser Kühnemann der Erfinder der Schwarzen Listen (wo die organisierten Arbeiter vermerkt waren und die dann keine Einstellung bekamen).

Das war ein böser Kühnemann, ganz anders wie ich.

Werner Kühnemann

EU Kommissions-Vorschlag zur Rente

Mitten in der Pandemie, die Europa und die Welt erfasst, hat die Europäische Kommission am 27.01.2021 in Brüssel ein sogenanntes „Grünbuch“ mit dem Titel **„Förderung von Solidarität und Verantwortung zwischen den Generationen“** vorgelegt. Grundsätzlich finden sich viele interessante Überlegungen über das Altern in der EU. Den 448 Mio. Menschen aus den 27 EU-Ländern wird die Möglichkeit gegeben, sich innerhalb von 12 Wochen dazu zu äußern. Dann wird daraus ein „Weißbuch“ als „europäische Rentenberatung“ aus dem Hause von der Leyen (Verabschiedung in der Kommission) und geht zur Beratung ins EU Parlament.

© Harm Bengen

Das hört sich alles erst einmal gut an, betrachtet man aber den Entwurf genauer, hat man den Eindruck, die deutschen Privatversicherer hätten den geschrieben.

Hier einige Passagen aus dem 27-seitigen Papier:

◆ *Weil man von einer „schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausgeht, sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten politische Maßnahmen fördern, ein **längeres Erwerbsleben** zu ermöglichen …*

◆ *Der jüngsten Bevölkerungsprognose von Eurostat zufolge würde der Altenquotient (Verhältnis Erwerbstätige zu Rentnern) der EU im Jahr 2040 nur dann auf dem Niveau von 2020 bleiben, wenn das Erwerbsleben auf das Alter von **70 Jahren** ausgedehnt … würde.*

◆ *Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung … müssen die Menschen in Zukunft **länger arbeiten**.*

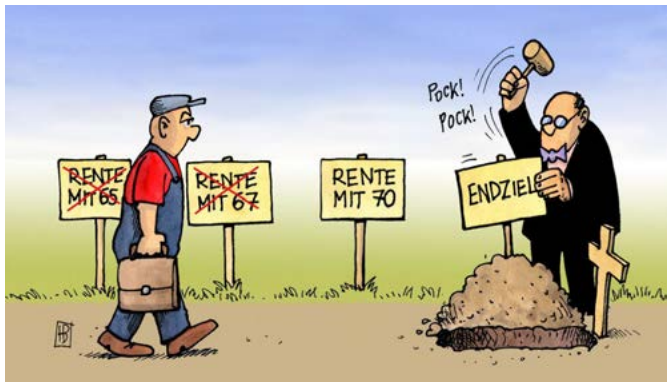
◆ *Die Politikgestaltung kann ältere Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen, und zwar durch die Beseitigung von **Negativanreizen in den Steuer-und Sozialversicherungssystemen**…*

◆ *Ohne weitere Reformen … würde… die Tragfähigkeit der **öffentlichen Finanzen nur durch höhere Beitragssätze und niedrigere Rentenersatzquoten** gewährleistet werden … können. Diese Entwicklungen können eine doppelte Belastung für die jüngeren Generationen bewirken und somit Fragen der **Generationengerechtigkeit** aufwerfen.*

◆ *Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf den Status ihrer **Altersversorgungsansprüche** aufmerksam gemacht werden. Hochwertige, sichere und kostengünstige Zusatzrenten, einschließlich des Paneuropäischen Privaten Pensionsprodukts (PEPP), die die gesetzlichen Altersversorgungssysteme ergänzen…*

◆ *Gesunde ältere Menschen können einen wesentlichen Beitrag zur Produktion von sozialem und wirtschaftlichem Wert in unseren Gesellschaften leisten. Die **Verschwendung** ihrer kognitiven Fähigkeiten ist nicht nur schädlich für ihre geistige und körperliche Gesundheit und ihr Wohlbefinden, sondern auch **eine verpasste Chance** für die Gemeinschaft.*

Natürlich reiben sich die Gewerkschaften nicht an den Aussagen zur Bildung und Gesundheit der Älteren, sondern an den Vorschlägen zur längeren Arbeitszeit und der privaten Altersvorsorge.



© Harm Bengen

Wenn die EU-Politiker sich Sorgen über die Finanzierung der Rente machen, sollten sie auch die sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften umsetzen. DGB und Einzelgewerkschaften haben ja entsprechende Konzepte vorgelegt.

Es gibt von der spanischen Rentnerorganisation COESPE und vom SENIORENAUFSTAND Deutschland schon heute einen kritischen Aufruf mit dem Titel: **„EU-Rentenpolitik - Aufruf zur Gegenwehr“** der auch vom DGB Nord Kiel veröffentlicht wurde. Auf Nachfrage haben wir erfahren, dass sich zurzeit die Einzelgewerkschaften mit diesem Grünbuch befassen. Zur gemeinsamen Stellungnahme vom DGB berichten wir im nächsten Senioren- Report.

Klaus Murawski

BSAK-Konferenz am 18. März 2021

Bezirksseniorenarbeitskreis Berlin-Brandenurg

Der DGB Bezirks-Senioren-Arbeitskreis Berlin-Brandenburg (BSAK) hat seine Sitzung am 18. März als Online-Konferenz abgehalten. Teilgenommen haben 11 Vertreter der Senioren-Arbeitskreise aus sieben Gewerkschaften, davon drei über Telefon, die anderen per Video.

Wir Senioren werden uns für unsere Gremien-Arbeit wohl auch an diese Form gewöhnen müssen. Was für Schüler und Home-Office-Arbeiter gilt, können Rentner genauso gut nutzen.

[Ist was aufgefallen? Wie sperrig dieser Satz ausgefallen wäre, wenn man bei jeder Gruppe jedes mal die weibliche Form hinzugefügt hätte? Es sind immer alle mitgemeint!].

Die Sitzung hat zwei Stunden gedauert. Die Wortmeldungen mit dem „Hand heben"-Symbol hat prima geklappt, es gab kein Durcheinander. Ulla, unsere vormalige Vorsitzende, hätte ihre Freude daran gehabt.

Kurz zusammengefasst, einige Punkte der Konferenz:

- Berichte von den Sitzungen des DGB-Bezirksvorstands, des DGB Arbeitskreises Seniorenpolitik und des Landesseniorenbeirats. Daraus ergaben sich folgende Aktivitäten:
- Zum Achten Altersbericht der Bundesregierung (siehe Seite 07) schreibt der BSAK an den Berliner Senat, die entsprechenden Maßnahmen anzugehen.
- Rückbau bei barrierefreien Wohnungen nach Auszug. Die erfolgte Gesetzesänderung (BGB §554) wird als unzulänglich angesehen. Der Vermieter kann „Sicherungsleistung" verlangen, das ist für viele nicht leistbar. Außerdem besteht doch Bedarf an barrierefreien Wohnungen!
- Anschreiben an den Senat zur Wahl der Berliner Seniorenvertretungen im Frühjahr 2022. Es sollen mehr barrierefreie Wahlstellen eingerichtet werden oder eine reine Briefwahl, wie auch für die Abgeordnetenhaus-Wahl angedacht ist.
- Im September steht die Neuwahl des DGB Bezirks-Senioren-Arbeitskreises an.
- Die ursprünglich für November 2020 geplante Seniorenkonferenz wird auf die nächste Wahlperiode verschoben. Die vorgesehenen Themen haben sich weiter entwickelt (Digitalisierung, Wohnen, Gesundheit) und es muss neu konzipiert werden.

Ramon Zorn

Jetzt mal ernsthaft:

Weltlachtag am 2. Mai 2021

Am Sonntag, den **2. Mai** und um Punkt 14:00 Uhr deutscher Zeit soll dazu kollektiv für einige Minuten ein globales Gelächter für den Weltfrieden zum Himmel geschickt werden.

Das Ganze geht auf die vom indischen Arzt Dr. Madan Kataria begründete Yoga-Lachbewegung zurück. Anlässlich der ersten Auflage dieses Aktionstages am 11. Januar 1998 versammelten sich im indischen Mumbai (Bombay) über 12.000 Teilnehmer. Mittlerweile beteiligten sich Menschen weltweit in vielen Städten an der jährlichen Aktion.

Lachen ist gesund und verlängert das Leben, sagen Mediziner. Es trainiert die Bauchmuskulatur und regt das Herz-Kreislaufsystem an. Es stärkt durch Ausschüttung von Glückshormonen das Immunsystem und beugt so Krankheiten vor.

Schon in der Schule wurde der Kanon gesungen „froh zu sein, bedarf es wenig, und wer froh ist, ist ein König".

Außerdem ist Lachen ansteckend, also: verbreitet gute Laune, lacht!

Horcht euch um, wo in Berlin dieses Mal gemeinsam öffentlich gelacht werden darf. Viel Vergnügen.

Quelle des Logos:

Von Carloyn - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=48384407

Ramon Zorn

Der Senat entdeckt Fußgänger als Verkehrsteilnehmer

Novellierung des Berliner Mobilitätsgesetzes

Dieses Mitte 2018 verabschiedete Gesetz räumte dem Radverkehr und dem öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) Vorrang vor dem Autoverkehr ein. Nun soll dieses Gesetz im Frühjahr 2021 durch verbindliche Vorgaben auch für den Fußverkehr novelliert worden – der übrigens mit 30 Prozent aller zurückgelegten Wege die vorherrschende Fortbewegungsart in Berlin ist. Im Rahmen eines strategischen Entwicklungsplanes (StEP MoVe) vom März 2021 soll in rund 10 Jahren für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV ein Verkehrsgesamtanteil von 82 Prozent erreicht werden (heute 72 Prozent).

Da Fußwege als geschützter Raum gerade für die schwächsten Verkehrsteilnehmer eine wichtige Funktion erfüllen müssen, sind die Ziele der Fußverkehrsentwicklung unter anderem: Menschen zu befähigen, kurze wie längere Strecken zu Fuß zurückzulegen und dafür Sitzgelegenheiten (nicht-kommerziell!) zu errichten.

Jeder soll in ganz Berlin sein Ziel auf direkten Fußwegen erreichen können, und dabei Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr eingeräumt bekommen. Nutzungskonflikte zwischen Fuß- und Radverkehr in Grünanlagen sollen gemindert (z.B. Separierung, ausreichend breite Wege, usw.) und grundsätzlich sollen Rad- und Gehwege getrennt geführt werden.

Damit das auch so funktioniert, wird vom Senat ein Fußverkehrsplan aufgestellt, an dem auch bezirkliche Gremien beteiligt sind. Berücksichtigt werden die Anbindung an ÖPNV, zu Stadtteilzentren, Grün- und Freiflächen, Bildungs- und Senioreneinrichtungen und unterschiedliche Nutzergruppen (Mobilitätseingeschränkte, Blinde, Senioren, Kinder). Bereiche mit besonderer Bedeutung für Fußgänger sollen sich durch eine hohe Aufenthaltsqualität auszeichnen. Nebenstraßen, in denen Radverkehr das Sicherheitsempfinden der Fußgänger beeinträchtigt, sollen konsequent überwacht und Regelverstöße geahndet werden.

So weit, so gut. Wir gehen also goldenen Zeiten entgegen, denn für die Minderheit der Fußgänger sind in der Straßenverkehrsordnung gerade zwei Sätze vorgesehen (§ 25 Abs. 1 Satz 1: „Wer zu Fuß geht, muss die Gehwege benutzen.“ und § 25 Abs. 2 Satz 1: „Wer zu Fuß geht und Fahrzeuge oder sperrige Gegenstände mitführt, muss die Fahrbahn benutzen, wenn auf dem Gehweg oder auf dem Seitenstreifen andere zu Fuß Gehende erheblich behindert würden.“

Wie breit müsste eigentlich der freibleibende Verkehrsraum für einen Fußgänger sein? Die Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) schreibt von 2,50 Meter. Aber der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sieht bei Sondernutzungen (z. B. für Gastronomie) 150 Zentimeter vor ...

Für was ist so ein Gehweg nützlich? Zum Radfahren (auch mit Lastenrädern, Leihrädern, Räder mit Anhängern) und Autoparken, als billige oder kostenlose Werbe- und Gewerbefläche oder als Baustellen-Vorraum. Zur Müllablage, für Technik-Häuschen, Parkautomaten, Ladestationen, Rad- und eRoller auf Leihstützpunkten – oder auch kreuz und quer. Nicht zu vergessen die traditionelle Nutzung für Briefkästen, Bäume, Laternen- und Strommasten.

Berlin soll also in den nächsten Jahren umgebaut werden – Fußgänger, Radfahrer und der ÖPNV sollen (auf Kosten des Automobilverkehrs) sicherer, sauberer, leiser, klimafreundlicher ihre Ziele erreichen. Das kostet viel Geld und benötigt zur Umsetzung auch eine erhebliche Aufstockung des Personals in den Bezirken …

Hartmut Herold

Das Infotelefon des Senioren-Arbeitskreises

12. April 2021. Heute war der dritte Tag, an dem wir das Infotelefon für unsere Senioren bemühten. Da wir keinen Dienst hatten, wollten wir es mal ausprobieren und bekamen eine gefühlte halbe Stunde niemanden ans Telefon, sondern nur ein Tut-tut-tut ... Also war es besetzt und wurde von unseren Senioren gerne angenommen.

Wo soll man hin in Zeiten von Corona mit seinen Fragen, keine Veranstaltungen, kein Kino, kein Theater, keine Fahrt ins Umland, kein Museumsbesuch mit 30 bis 50 Personen.

Unsere Erfahrungen mit dem Infotelefon waren sehr positiv. Die Anrufer wollten nicht nur wissen, was wir nun alle unternehmen, Termine, Veranstaltungen, sondern erzählten auch von ihrer ersten oder zweiten Corona-Impfung und wollten wissen, wie es uns persönlich geht. Sie nutzten also diese Möglichkeit für einen kleinen Erfahrungsaustausch.

Beim zweiten Mal, im März, hatten bereits 13 Senioren angerufen, die Themen waren ähnlich.

Wir denken, das Infotelefon sollte weiter für unseren Zusammenhalt und Information im Seniorenarbeitskreis ein wichtiger Baustein bleiben.

Rolf Wittek

Gendern bis zum Abwinken

Liebe Leserschaft ...

... ihr seid sicher, wie wir, über 60 Jahre alt und in einer Zeit aufgewachsen, in der es bei den Erwachsenen nur Männer, Frauen und Fräuleins gab. Gut, dass es die Fräuleins nicht mehr gibt, weil damit der Status „unverheiratet“ diskriminierend herausgehoben wurde. Das war ein Makel. der bei Männern seltsamerweise keine Rolle spielte, sonst hätte es auch „Männlein“ geben müssen.

Aber Gruppenbegriffe wie „Kollegen“, „Mitglieder“, „Kunden“, „Autofahrer“ und „Fußgänger“ haben immer **alle** eingeschlossen, auch wenn sie vom Wort her (in der Einzahl) grammatikalisch männlich waren.

Der Begriff „Gendern“ war noch garnicht in der Welt. Die Zeiten haben sich geändert. Das alte Denken sei sexistisch, chauvinistisch, diskriminierend. Heute sollen die Frauen ausdrücklich erwähnt werden. Wir überlassen es unseren Autoren, wie sie den weiblichen Teil der Gruppen ansprechen wollen, mit Sternchen, Doppelpunkt oder Schrägstrich. Das ist zwar alles dem Lesefluss nicht förderlich, aber wat mutt, dat mutt.

Es heißt, es käme nicht darauf an, ob etwas sexistisch **gemeint** ist, sondern ob es von den Betroffenen so **empfunden** wird.

Das macht es nicht einfacher, denn auch unter Frauen gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten dazu – siehe Quotendebatte.

Damit ist nicht genug, in Behörden und Universitäten muss jetzt auch noch an folgende Klassifizierungen gedacht werden:

LGBTQIA (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersexual und Asexual) oder

*FLINT** (female, lesbian, inter, non-binary und trans*).

Das ist nicht mehr lustig. Wir wollen unsere Leser und -innen weder nach ihrer sexuellen Ausstattung noch Orientierung einteilen. Das spielt im Normalfall auch keine Rolle in unserer Berichterstattung. Soll jeder nach seiner Fasson glücklich werden.

Fühlt sich jemand diskriminiert, nicht ernst genommen? Muss er/sie/es nicht, wir sind tolerant und akzeptieren alle, auch BIPoC (Black, Indigenous, People of Color), besonders aber Gewerkschaftsmitglieder.

Es wäre viel wichtiger, für reale Chancengleichheit und gerechte Bezahlung der Frauen zu sorgen, statt sich an der **sprachlichen** Diskriminierung – wenn sie denn so empfunden wird - aufzureiben,

Ramon Zorn (alter weisser Mann)

Erster Mai ohne DGB-Demo und Straßenfest

Der DGB feiert den 1.Mai wieder virtuell im Internet. Das kann aber nicht alles sein. Der Feiertag der Gewerkschaften muss auch auf den Straßen und Plätzen sichtbar werden. Ob es in Berlin eine Fahrrad-Demo oder einen Demonstrationsmarsch geben wird, ist ungewiss. Es sind vom DGB Sprühaktionen in den Stadtteilen verabredet. Es ist auf jeden Fall viel Eigeninitiative gefragt.

Aktuelle Informationen gibt es hier: ***https://berlin.dgb.de/erstermai***

Info-Telefon des Arbeitskreises

Die nächsten Termine für das **Info-Telefon** des Senioren- Arbeitskreises sind

Montag, der **10. Mai** und Montag, der **14. Juni,** jeweils von **10 bis 13 Uhr**

Telefon **030 25387 110**

Die nächste **Mitgliederversammlung** (Thema: Wahlen) ist für Mittwoch, den **30. Juni 2021** geplant.

Nach der Pandemie wird alles anders? Eher nicht.

Ein Bänker, ein Bild-Zeitungsleser und ein Asyl-Bewerber sitzen an einem Tisch mit 20 Keksen.
Der Bänker nimmt sich 19 Kekse und sagt zu dem Bild-Zeitungsleser: "Pass auf, der Asyl-Bewerber nimmt dir deinen Keks weg!"

Sabine Kördel